

Mieten, die bezahlbar bleiben

NACHGEFRAGT bei Heidrun Sedlacik, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraction

Am 15. September folgt bereits die 5. Wohnungspolitische Jahrestagung der Linksfraction in Zusammenarbeit mit dem KOPOFOR. Worum geht es diesmal?

Nach den Schwerpunkten Soziales Wohnen (2010) in Jena und Wohnen im Alter (2011) in Gera geht es 2012 in Sömmerda und um energetische Sanierung und bezahlbares Wohnen, u.a. mit Prof. Dr. Ing. Viktor Wesselak, Vizepräsident für Forschung und Entwicklung der FH Nordhausen, Dietmar Rauh vom Mieterschutzbund Gera, Rainer Nowak vom Verband Thüringer Wohnungswirtschaft. Erreichen wollen wir besonders unsere kommunalen Mandatsträger.

Sind sanierte Wohnungen denn noch bezahlbar?

Angesichts der globalen Entwicklungen (Energemarkt, Klima) ist die energetische Sanierung folgerichtig, aber es kann nicht der Weg sein, die Kosten vor allem den Mietern aufzubürden. Vielmehr sind sie so zu verteilen, dass Staat, Vermieter und Mieter jeweils ein Drittel der Last tragen. Die Bundesregierung strebt eine Sanierungsrate von jährlich zwei Prozent des Wohnungsbestandes an, aber die Fördermittel sind nicht ausreichend. Durch Verschärfungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) werden die Sanierungskosten immer weiter in die Höhe getrieben. Dabei können die eingesparten Nebenkosten die Mietsteigerungen bei Weitem nicht decken.

Wie kann hier gegengesteuert werden?

Voraussetzung ist, dass die energie- und sozialpolitischen Fragen zusammen gelöst werden, d.h. die Novellierung der Energieeinsparverordnung und anstehende Mietrechtsnovelle müssen in Bezug zueinander gesetzt werden. Das Mietrecht bietet die Möglichkeit, die Kosten gerecht zwischen Mietern und Eigentümern aufzuteilen. Es muss so zukunfts-tauglich gemacht werden, dass einkommensschwache Mieter nicht un-

ter dem Deckmantel des Klimaschutzes verdrängt werden dürfen.

Neues Ungemach droht aus Brüssel...

Die EU-Kommission will mit einem Energieeffizienzplan die Sanierungsquote bei öffentlichen Gebäuden auf drei Prozent erhöhen. Gerade die kommunalen Wohnungsunternehmen engagieren sich beim Klimaschutz, doch die Erfüllung dieser Quote ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Thüringer Wohnungswirtschaft

muss nicht nur die Sanierungsquote erhöht, sondern es müssen auch die finanziellen Mittel dafür bereitgestellt werden. Sanierungen von Wohnraum dürfen nicht einseitig zu Lasten der Mieter gehen. Die Bundesregierung plant jedoch, die Einspruchs- und Mietminderungsrechte gegen Sanierungsmaßnahmen erheblich einzuschränken. Unsere Forderungen lauten Aufstockung der Fördermittel für Gebäudesanierung und Rechtsanspruch auf Fördermittel für Eigentümer, so könnte die bisherige Moder-

Einladung zur 5. Wohnungspolitischen Jahrestagung

Linksfraction und KOPOFOR laden ein zur 5. Wohnungspolitischen Jahrestagung am Samstag, den 15. September, 10 bis 16 Uhr nach Sömmerda ins Bürgerzentrum „Bertha von Suttner“, Straße der Einheit 27.

Nach der Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow werden u.a. sprechen: Rainer Nowak (vtw) - Initiative für Energetische Sanierung Stadtumbau 2025; Dietmar Rauh (dmb) - Mietrecht im Interesse der Mieter sozialgerecht gestalten; Ingo Müller (E-on) - Effiziente Heizungsanierung in bestehenden Gebäuden; Prof. Dr. Ing. Viktor Wesselak (fh ndh) - Energetische Sanierung des Wohnungsbestandes und bezahlbares Wohnen.

Eine Einladung mit ausführlichem Programm zur Veranstaltung wird jetzt auf der Internetseite der Linksfraction veröffentlicht:
www.die-linke-thl.de

ging mit einer Selbstverpflichtung zum energetischen Stadtumbau in die Offensive. Der Verband der Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vwt) regte wirtschaftliche und sozialverträgliche Investitionen an, denn von höherer Energieeffizienz profitieren Mieter und Wohnungsunternehmen. Nachweislich konnten die Unternehmen der Thüringer Wohnungswirtschaft den CO2-Ausstoß deutlich senken durch Wärmedämmung, Heizungsmodernisierung und Energieträgerumstellung. Dazu wird uns Herr Nowak im Auftrag des vtw zur Tagung genauer berichten.

Wie lauten die Forderungen der LINKEN?

Da im Gebäudebereich ca. 40 Prozent aller Energie verbraucht wird,

nisierungsumlage entfallen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Mietminderung bei Nichterfüllung energetischer Standards und mittelfristig die Ersetzung der Umlage durch Integration des energetischen Zustands als Standard in den Mietspiegel.

Die LINKE im Bundestag strebt die Wiederbelebung der sozialen Wohnraumförderung und deren Verknüpfung mit der Städtebauförderung an. Die „Kompensationsmittel“ des Bundes für Sozialen Wohnungsbau sollen deutlich erhöht und auf kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften konzentriert werden.

Ein neuer sozialer, insbesondere kommunaler Wohnungsbau muss ohne Profitabsichten, dauerhaft bezahlbar, gemeinwohlorientiert, auf soziale und Generationenmischung ausgerichtet, barrierefrei, ökologisch, Ressourcen schonend und energieoptimiert sein. ■

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Parteipolitische Privatkriege

Natürlich war ich beunruhigt. Während einer Spannungsperiode überschreitet man nicht die Grenzen zum potentiellen Feindesland. In einer sich täglich zuspitzenden Krise erst Recht nicht. Nun war die Tour aber längst gebucht und bezahlt. Würde ich von den dortigen Behörden bei der Einreise verhaftet und interniert werden, vor den Augen von Frau und Kindern? In Geiselschaft genommen, später ausgetauscht gegen deren Staatsbürger, die man in Deutschland in Gewahrsam genommen hat?

Immerhin geht es um handfeste Vorwürfe, die man sich wechselseitig an den Kopf wirft: Staatskriminalität – Förderung der organisierten Kriminalität hier, Hehlerei und Anstiftung zu Straftaten da. Und wieder einmal ist es der stammtischerprobte SPD-Gabriel, der für weitere Zuspitzungen sorgt. Und die notorisch irre CSU reagiert und wirft der SPD „einen Privatkrieg“ vor.

Nein, Spaß beiseite, meine Reise in die Schweiz ist ganz problemlos verlaufen. Im Gegenteil: es war sehr schön, mit ganz normalen, freundlichen Menschen und wunderbaren Eindrücken (wie einer Seilbahnfahrt auf 3.800 Meter oder dem Blick aufs Matterhorn bei bestem Wetter). Sogar Geld an einem Schweizer Bankautomaten habe ich abgehoben...

Trotz der deutschen Sommerlochdebatte um das Für und Wider eines härteren Kurses gegen das Alpenland, die innenpolitisch motiviert ist. Trotz einer etwas verworrenen Situation, denn das Gebaren von Schweizer Banken im Umgang mit Steuerflüchtigen ist kritikwürdig. Doch Sigmar Gabriels Vorstoß erfolgt nur im Eigeninteresse. Sie gilt seiner Ambition auf die Kanzlerkandidatur, sie gilt den Bundestagswahlen im nächsten Jahr (ebenso die Reaktion der CSU).

Solchen parteipolitischen Narreteien sollte man aber außenpolitische Seriosität nicht opfern. ■

Kommunalangaben-Verfahren „ruht“

„Dass nach acht Monaten noch nicht über die Klage der Landesregierung gegen die Zulassung des Volksbegehrens für sozial gerechte Kommunalabgaben entschieden ist, noch nicht einmal ein Termin feststeht, stärkt die Motivation für Bürgerbeteiligung in Thüringen nicht gerade“, so MdL Frank Kuschel. Den Zulassungsantrag unterstützten rund 25.000 Bürger, obwohl nur 5.000 Unterstützerunterschriften nötig gewesen wären. Im November 2011 hatte die Landtagspräsidentin den Volksbegehrensantrag für zulässig erklärt. Gegen diese Entscheidung reichte jedoch die Landesregierung im Dezember 2011 Verfassungsklage ein.

„Und seitdem ‚ruht‘ das Verfahren. Im Volksbegehrensgesetz gibt es leider keine Frist für eine Klageentscheidung.“ Frank Kuschel appelliert an den Verfassungsgerichtshof, in der Sache zu entscheiden. Werde das Volksbegehren zugelassen, müssten innerhalb von vier Monaten rund 190.000 Unterschriften gesammelt werden. Der Abgeordnete kritisiert, dass die Landesregierung derweil vollendete Tatsachen schaffe. Mit erheblichem Druck der Landesaufsichtsbehörden würden die Gemeinden gezwungen, für alle Straßenausbau-maßnahmen rückwirkend bis 1991 Beiträge zu erheben. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.